

Zeitschrift: Bulletin / Vereinigung der Schweizerischen Hochschuldozierenden =
Association Suisse des Enseignant-e-s d'Université

Herausgeber: Vereinigung der Schweizerischen Hochschuldozierenden

Band: 47 (2021)

Heft: 2

Artikel: Wissenschaft und Politik brauchen ständigen Austausch

Autor: Hengartner, Michael O.

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-966143>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 01.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wissenschaft und Politik brauchen ständigen Austausch

Michael O. Hengartner*

1. Wissenschaftliche Task Force Covid-19 und Klimawandel rücken die Wissenschaft ins Rampenlicht

Über das Verhältnis zwischen Wissenschaft und Politik wird in letzter Zeit viel diskutiert und geschrieben. Unter anderem geht es dabei darum, was Wissenschaft darf und welches ihre Rolle ist. Soll sie ausschliesslich Fakten liefern und im Hintergrund Politikberatung betreiben? Oder muss sie die Erkenntnisse auch einordnen, interpretieren und öffentlich vermitteln? Wie steht es um ihre Unabhängigkeit? Auslöser für diese Diskussionen ist die Tätigkeit der Swiss National COVID-19 Science Task Force und ihre starke Medienpräsenz. Aber auch die Debatten um den Klimawandel und das CO₂-Gesetz haben der Wissenschaft viel Aufmerksamkeit beschert.

Das Verhältnis zwischen Wissenschaft und Politik ist dabei durchaus auch von Spannungen geprägt. Dies hat sich insbesondere während der so genannten «Maulkorb-Debatte» in der Frühjahrsession 2021 gezeigt. Politikerinnen und Politiker wollten der Task Force und ihren Mitgliedern verbieten, öffentlich zu kommunizieren, oder dies zumindest stark einschränken und die Kommunikationshoheit auf den Präsidenten beschränken. Die Reaktionen auf die Stellungnahme der Wissenschaft zum CO₂-Gesetz¹ zeigen, dass das Engagement von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern bei politischen Themen umstritten ist. Nationalrat Christian Imark (SVP/SO), Kampagnenleiter gegen das CO₂-Gesetz, nannte die Unterzeichnenden «Aktivisten» (Neue Zürcher Zeitung, NZZ, 22.4.2021).

Gemäss Caspar Hirschi, Geschichtspräsident an der Universität St. Gallen und Spezialist in Sachen Expertentum, können Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler den Staat beraten oder als engagierte Intellektuelle auftreten. Beides zusammen sei schwierig (NZZ am Sonntag, 7.3.2021). Dass sich Forschende in politische Debatten einbringen und klar Stellung beziehen, erachtet er indessen «als unproblematisch, ja wünschenswert» (NZZ, 23.4.2021).

In diesen Diskussionen zeigte es sich oft, dass beide Seiten, sowohl die Wissenschaft als auch die Politik, von unterschiedlichen Vorstellungen über ihre Rolle und über das Funktionieren des jeweils anderen Be-

reichs ausgingen. Hier braucht es einen regelmässigen Austausch, damit in Krisensituationen rasch gehandelt werden kann und bereits ein gegenseitiges Verständnis und auch Vertrauen herrscht. So wie im Schweizer Föderalismus üblich, besteht unser politisches System auf Austausch und Diskussionen, um einen Lösungsweg zu finden. Daher ist ein regelmässiger Austausch zwischen den Sphären Wissenschaft und Politik sehr wichtig. Beide Seiten sollen die Sicht und die Funktionsweise des jeweils Anderen verstehen. So war auch die wissenschaftliche Task Force und ihre Exponenten anfangs nicht vertraut mit den Gepflogenheiten der Politik. Als beratendes Organ der Politik war die Aufgabe der wissenschaftlichen Task Force, Grundlagen zu liefern für die Entscheidung der Politik. Diese hatte neben den wissenschaftlichen Inputs aber auch andere Faktoren bei der Entscheidungsfindung zu berücksichtigen, z.B., welche Bedürfnisse die Bevölkerung hat, oder wirtschaftliche Realitäten.

Umfragen haben gezeigt, dass die Schweizer Bevölkerung der Wissenschaft vertraut². Während der Corona-Pandemie ist dieses Vertrauen sogar noch

² Wissenschaftsbarometer (2020). COVID-19-Edition.

* ETH-Rat, Haldeliweg 15, 8092 Zürich.

E-mail: michael.hengartner@ethrat.ch
<https://www.ethrat.ch>



Michael O. Hengartner, PhD, ist Präsident des ETH-Rats. Er war von Februar 2014 bis Januar 2020 Rektor der Universität Zürich (UZH). Von 2016 bis zu seinem Ausscheiden als UZH-Rektor amtierte er zudem als Präsident von swissuniversities. Michael Hengartner ist schweizerisch-kanadischer Doppelbürger. Er wuchs in Quebec City auf, wo er an der Université Laval Biochemie studierte. 1994 promovierte er am Massachusetts Institute of Technology im Labor von Nobelpreisträger H. Robert Horvitz. Danach leitete er bis 2001 eine Forschungsgruppe am Cold Spring Harbor Laboratory in den USA. 2001 wurde er auf die neu eingerichtete Ernst-Hadorn-Stiftungsprofessur am Institut für Molekulare Biologie der UZH berufen. Von 2009 bis 2014 war er Dekan der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Fakultät der UZH. Michael Hengartner absolvierte einen Executive MBA an der IMD Lausanne und wurde für seine bahnbrechende Forschung zur molekularen Basis der Apoptose mit zahlreichen Auszeichnungen geehrt; unter anderem erhielt er 2006 den Nationalen Latsis-Preis der Schweiz. 2010 wurde ihm der Lehrpreis (Credit Suisse Award for Best Teaching) der Universität Zürich verliehen. 2016 wurde ihm der Ehrendoktor der Sorbonne Universität verliehen. Er wurde für seine molekularbiologische Forschung und seine Verdienste um die Gesellschaft ausgezeichnet.

Photo: Michael O. Hengartner

¹ https://klimaschutz-ja.ch/wp-content/uploads/2021/04/Stellungnahme-der-Wissenschaft-zum-CO2-Gesetz_DE.pdf

gestiegen. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sollen gemäss diesen Umfragen ihre Expertise in Öffentlichkeit und Politik einbringen. Politische Entscheidungen zum Umgang mit der Pandemie sollten auf wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhen. Hier hatte die Schweiz mit dem zunehmenden Einbezug der wissenschaftlichen Task Force durch die Politik einen guten Weg gefunden nach Einbruch der zweiten Welle im Oktober 2020.

2. Es braucht klare Regeln in der Kommunikation und regelmässigen Austausch mit den Behörden

Durch die starke mediale Präsenz vieler Forschenden im Herbst 2020 kam dann aber der Vorwurf der Kakophonie auf. Die Kommunikation für das Gremium Task Force lag bei den Leitungsmitgliedern, jedoch konnten sich die einzelnen Forschenden zu ihren wissenschaftlichen Inhalten frei äussern. Diese Unterscheidung zwischen einem öffentlichen Auftritt als Task-Force-Mitglied oder als Fachperson zu einem wissenschaftlichen Thema war nicht immer einfach zu erkennen.

Dank der professionellen Kommunikationsbegleitung verstärkte sich der Auftritt der Task Force und deren öffentliche Wirkung als Gremium (davor waren eher die Einzelpersonen im Fokus). Die Task Force wurde zunehmend als politische Kraft wahrgenommen. Die Forderungen im Dezember 2020 nach harten Massnahmen hatten derart starke Wirkungen, dass sich die Politik unter Druck gesetzt fühlte. Gerade in Krisenzeiten ist es schwierig, eine Balance zwischen dem Bedürfnis nach politischer Beratung und nach öffentlicher Information zu finden.

Mit der Einbindung der Task Force an die Points de presse des Bundes und einem regelmässigen Austausch zur Kommunikation hat sich das Verhältnis mit der Politik verbessert. Auch hier zeigt sich, dass es klare Regeln in der Kommunikation braucht und regelmässigen Austausch und Absprache mit den Behörden. Dabei ist die Wissenschaft frei in ihren Aussagen. Sie respektiert aber Befindlichkeiten der Politik sowie deren Regeln und Kompetenzen.

Was wir ebenfalls gelernt haben in der Pandemie ist wie wichtig gute Wissenschaftskommunikation ist. Neben der reinen Vermittlung von Wissen und Fakten muss die Wissenschaft in Zukunft mehr erklären wie Wissenschaft funktioniert. Die Wissenschaft bietet nie einen abgeschlossenen Erkenntnisstand. Das Wissen wird laufend erweitert im Austausch zwischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, dank neuen Studien und durch Experimente, durch Versuch und Irrtum.

Wissenschaftskommunikation muss daher selbst-reflektierter sein und auch betonen, welche Unsicherheiten existieren. Diese Vermittlung ist sehr anspruchsvoll, daher ist es wichtig, dass die Forschenden lernen, gut und offen zu kommunizieren, und dass wir auch weiterhin guten unabhängigen Wissenschaftsjournalismus in der Schweiz haben, um die Einordnung des Wissens für eine breitere Bevölkerung zugänglich zu machen.

3. Medienlogik und «false balance»

Als weiteres Problem zeigte sich die Medienlogik. Gemäss dem Effekt der «false balance» erhalten Vertreter einer Minderheitsmeinung (z.B. Klima- oder Covidleugner) gleich viel Platz in den Medien wie Vertreter der vorherrschenden Mehrheitsmeinung. In einem Interview mit dem Digitalmagazin Republik vom 5. Juni 2021³ sagte der deutsche Virologe Christian Drosten, dass aufgrund dieser «false balance» falsche Kompromisse in der Politik zustande kämen. Politikerinnen und Politiker seien konfrontiert mit unterschiedlichen Meinungen, die von den Medien aber gleich gewichtet würden. Sie würden dann denken, dass die Wahrheit in der Mitte liegen würde. Auch die Gegenüberstellung und Gleichbehandlung der Empfehlungen der Task Force mit denjenigen von politischen Akteuren wie Gastro-Suisse oder Schweiz Tourismus hat viele Forschende irritiert. Viele Politikjournalistinnen hätten wenig Verständnis für das Funktionieren von Wissenschaft. So zeigte sich im Laufe der Pandemie, dass Wissenschaftsjournalisten den News- und Politikjournalistinnen halfen, die wissenschaftlichen Erkenntnisse einzuordnen. Es ist daher für das Funktionieren der Vermittlung von Wissenschaft zur Gesellschaft wichtig, dass wir in der Schweiz auf einen starken Wissenschaftsjournalismus bauen können.

4. Eine Koordination der Schweizer BFI-Akteure ist notwendig

Die Covid-Pandemie hat aufgezeigt, dass die Politik auf wissenschaftliche Expertise angewiesen ist und diese auch sehr schätzt, um die Qualität ihrer Entscheide zu verbessern. Sie hat aber auch aufgezeigt, dass Wissenschaft und Politik verschiedene Systeme sind mit verschiedenen Logiken, Aufgaben und Selbstverständnissen.

So fühlten sich Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der Task Force von der Politik teilweise nicht ernst genommen. Andere hatten Bedenken, als Mitglied der Task Force nicht mehr unabhängig zu sein, sondern in einem «politischen Korsett». Auf

³ <https://www.republik.ch/2021/06/05/herr-drosten-woher-kam-dieses-virus>

der anderen Seite waren Politikerinnen und Politiker gezwungen, ihre Entscheide angesichts der Erkenntnisse und Empfehlungen der Wissenschaft zu rechtfertigen – insbesondere dann, wenn diese Entscheide entgegen der wissenschaftlichen Empfehlung gefällt wurden. Die Wissenschaft schränkte somit die Handlungsfreiheit der Politik ein.

Die Konflikte zwischen Politik und Wissenschaft einerseits, aber auch der grosse Nutzen wissenschaftlicher Expertise andererseits haben verschiedenen Akteure auf den Plan gerufen, in diesem Bereich aktiv zu werden.

Auf politischer Ebene wurden verschiedene Vorstösse eingereicht, welche die Expertise der Wissenschaft auch in zukünftigen Krisen nutzen möchten. So möchte der Zuger FDP-Ständerat Matthias Michel⁴ beispielsweise ein interdisziplinäres wissenschaftliches Netzwerk für Krisenlagen⁵ schaffen. Und sein Waadtländer Kollege, FDP-Ständerat Olivier François,⁶ schlägt vor, eine ständige Plattform von wissenschaftlichen Expertinnen und Experten⁷

einzurichten, die sich mit grossen Risiken beschäftigen. Damit soll den Behörden der Zugang zu den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen ermöglicht werden, um fundierte Entscheidungen treffen zu können. Der Bundesrat ist daran, einen Bericht auszuarbeiten, wie die Wissenschaft stärker in die Krisenbewältigung der Bundesverwaltung einbezogen werden kann.

Auf Stufe der Schweizer BFI-Akteure ETH-Rat, swiss-universities, Schweizerischer Nationalfonds, Innosuisse, Akademien der Wissenschaften und Schweizerischer Wissenschaftsrat findet ebenfalls ein Austausch statt, um ein mögliches weiteres Vorgehen zu skizzieren. Es ist entscheidend, dass die BFI-Akteure zusammenarbeiten und sich koordinieren. Wichtig ist auch hierbei, dass die wissenschaftlichen Akteure auf die Bedürfnisse der Politik und Verwaltung eingehen. Hierzu braucht es einen offenen Austausch und einen regelmässigen Kontakt zwischen dem BFI-Bereich und Vertreterinnen und Vertretern von Politik und Verwaltung. ■

⁴ <https://www.parlament.ch/de/biografie/matthias-michel/4309>

⁵ <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20203280>

⁶ <https://www.parlament.ch/de/biografie/olivier-fran%c3%a7ais/3879>

⁷ <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20213225>